

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 17. März 1980

Blatt 694

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Bereits über FS Mehr als 15 Millionen Schilling für Kanalbauten
ausgesendet: 4,3 Millionen für Bezirks-Kultur
(violett) AKH-Kontrollamtsbericht wird selbstverständlich vorgelegt
- Kommunal: Stacher: Bisher keine Information über AKPE-Prüfung
(rosa) 15. Mai: Wiedereröffnung des Cafe Schwarzenberg
Verabschiedung von Lehrern
Mayr zu Zeitungsberichten über das AKH
ÖVP zu Fragen der Wiener Wohnbaupolitik
- Lokal: "Wohnwelt" zeigt: Alles über Wohnen
(orange)
- Kultur: "Kunst Am Hof": Ausstellungsmöglichkeiten für alle
(gelb) Künstler
- Nur über FS:
- 14.3. Avedikstraße wird Einbahn
Pressegespräch des Bürgermeisters: Ballhausplatz
 - 15.3. Schüsse auf Straßenbahn
Nittel: Werbemittel von Einrichtungen der Verkehrsbetriebe entfernen
 - 16.3. Erste Volksbefragung in Wien
 - 17.3. Nittel: Illegale Plakate von Verkehrsbetriebe-Haltestellen entfernt
Das Bürgermeister-Pressegespräch am Dienstag
Fußgehersteig Braunschweigasse gesperrt
Volksbefragung: Montag weitere Abstimmungslokale eingerichtet
Vizekanzler a.D. Bock - Bürger der Stadt Wien

.....
bereits am 16. maerz 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

mehr als 15 millionen schilling fuer kanalbauten

1 wien, 16.3. (rk) baukosten in hoehe von mehr als 15 millionen hat der gemeinderatsausschuss vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz fuer kanalbauten genehmigt. im zug des planmaessigen ausbaus des kanalnetzes im bereich des bierhaeuselberges im 14. bezirk ist die errichtung von strassenkanaelen mit einer gesamtlaenge von 850 meter vorgesehen. der von der magistratsabteilung 30 (kanalisation) verfasste entwurf sieht 25 meter betonprofil 70 mal 105 cm, 715 meter doppelrohr- und 110 meter steinzeugrohrkanaele von 30 cm durchmesser vor. infolge des bergigen gelaendes reicht das gefaelle von 5 bis 165 promille, die aushubtiefen werden zwischen 2,9 und 5,6 meter betragen. die kanalbauten, deren kosten 6,8 millionen schilling betragen, werden in mariabrunner strasse, alois behr-strasse, apfelrosenweg, alpengartenstrasse, wasserweg und pfarrwiesenstrasse durchgefuehrt.

strassenkanaele mit einer gesamtlaenge von 1.025 meter werden im 19. bezirk im bereich der kahlenberger strasse verlegt. von den bauarbeiten, deren kosten sich auf 8,3 millionen schilling belaufen, sind ausserdem die hansl niese-gasse, die jessengasse und der cebotariweg betroffen. vorgesehen sind 690 meter betonprofil 70 mal 105 zentimeter und 335 meter steinzeugrohrkanaele von 30 cm durchmesser. (we)

++++

.....
bereits am 16. maerz 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k u l t u r :

=====

4,3 millionen fuer bezirks-kultur

2 wien, 16.3. (rk) eines der wesentlichsten anliegen der kulturarbeit von kulturstadtrat prof. dr. helmut z i l k ist die dezentralisierung des kulturlebens und damit die foerderung einer eigenstaendigen bezirks-kultur. die schon im vorjahr sehr erfolgreichen diesbezuglichen aktivitaeten sollen heuer verstaerkt fortgesetzt werden. geplant sind ausstellungen von im betreffenden bezirk wohnhaften kuenstlern, auffuehrungen von mittel- und kleinsbuehnen, soloabende einzelner kuenstler sowie vielfaeltige musikalische und literarische veranstaltungen.

um diese aktivitaeten zu ermoeeglichen beschloss der gemeinderatsausschuss fuer kultur und buergerdienst, dass fuer subventionen fuer kuenstlerische aktivitaeten in den wiener bezirken fuer das jahr 1980 ein rahmenbetrag von 4,330.000 s zur verfuegung gestellt werden soll. (gab)

++++

.....
bereits am 16. maerz 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

akh-kontrollamtsbericht wird selbstverstaendlich vorgelegt

4 wien, 16.3. (rk) die ''rathaus-korrespondenz'' stellt zu den vorwuerfen im oevp-pressedienst wegen des angeblich noch nicht vorgelegten kontrollamtsberichtes ueber den neubau des allgemeinen krankenhauses fest:

selbstverstaendlich ist es die pflicht des kontrollamtes nach der stadtverfassung, einen fertiggestellten bericht unverzueglich dem kontrollausschuss und dem gemeinderat vorzulegen. die meldungen in zeitungem im zusammenhang mit der pruefung der akpe durch das kontrollamt beziehen sich jedoch nicht auf einen kontrollamtsbericht, sondern auf feststellungen des kontrollamtes, die der direktion der akpe zur stellungnahme uebergeben wurden. in dieser stellungnahme hat sich die direktion zu den pruefungsfeststellungen des kontrollamtes zu aeussern und ihre unternehmensentscheidungen wirtschaftlich zu rechtfertigen. aus den pruefungsfeststellungen und der stellungnahme der firmenleitung wird dann der bericht des kontrollamtes an die gewaehlten organe der stadt wien verfasst. es entspricht selbstverstaendlichen grundlagen eines rechtsstaates, dass der kontrollamtsbericht nicht nur die kritik des kontrollamtes, sondern auch die stellungnahme des betroffenen zu dieser kritik enthalten muss. der vorwurf, dass der bericht des kontrollamtes ueber die pruefung der akpe nicht vorgelegt worden sei, ist also voellig unberechtigt. (sti)

1315

17. maerz 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 698

k o m m u n a l :

=====

stacher: bisher keine information ueber akpe-pruefung

1 wien, 17.3. (rk) zu der von vizebuergemeister dr. b u s e k im oevp-pressediensst am samstag aufgestellten forderung nach einer umfassenden information ueber den akh-pruefungsbericht stellte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r montag nach seiner rueckkehr aus dem ausland gegenueber der ''rathaus-korrespondenz'' fest, dass auch er die feststellungen des kontrollamts ueber die pruefung der akpe noch nicht erhalten hat, sondern bisher nur unbestaetigte zeitungsberrichte kennt. daher weiss er auch nicht, ob das kontrollamt feststellungen getroffen hat, die das zu seiner geschaeftsgruppe gehoerende anstaltenamt (ma 17) betreffen, um so mehr, da die ma 17 beim bau neuer spitaeler bekanntlich nicht federfuehrend ist. die aufforderung von vizebuergemeister dr. busek an ihn, um umfassende information, ist daher dem stadtrat voellig unverstaendlich. (zi)

0915

k o m m u n a l :

=====

15. mai: wiedereroeffnung des cafe schwarzenberg

2 wien, 17.3. (rk) bei der sitzung des gemeinderatsausschusses vermögensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumentenschutz, die im betriebsgebäude der ''gustana''-menue-service-gesellschaft in st. marx stattfand, stellte der generaldirektor der wiener holding, dr. josef m a c h t l , den neuen geschäftsfuehrer der ''gustana'', wigast-direktor guenter w o e s s , vor. woess, auf dessen initiative bekanntlich die prototypen ''naschmarkt''-restaurant und ''pizzaparadies'' entstanden sind, teilte mit, dass das in den räumlichkeiten der ehemaligen woek in der mariahilfer strasse geschaffene neue ''naschmarkt''-restaurant am 8. april eroeffnet wird. fuer den 15. mai ist die eroeffnung des konzert-kaffeerestaurants schwarzenberg vorgesehen. das umgestaltete woek-lokal in der mariahilfer strasse wird 390 sitzplaetze aufweisen und aus drei betrieben bestehen: einem ''naschmarkt''-restaurant, einem ''pizzaparadies'' und der ''backstube''. (we)

0927

k u l t u r :

=====

''kunst am hof''

ausstellungsmoeglichkeit fuer alle kuenstler

3 wien, 17.3. (rk) ''kunst am hof'' heisst eine neue aktion des kulturamtes der stadt wien. sie gibt allen kuenstlern gelegenheit, auf diesem platz in der wiener innenstadt zu arbeiten und ihre werke zu verkaufen.

um allen bildenden kuenstlern die moeglichkeit zu geben, sich einer breiten oeffentlichkeit vorzustellen, plant das kulturamt der stadt wien die aktion ''kunst am hof''. sie soll ab mitte april 1980 jeden samstag von 9 bis 16 uhr auf dem platz am hof im ersten bezirk stattfinden.

alle kuenstler, unabhaengig von ihrem bekanntheitsgrad, ihrem alter oder ihrer angewandten technik, sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. sie koennen dort sowohl ihre eigenen bilder verkaufen als auch bilder an ort und stelle malen. nicht erlaubt ist es, bilder anderer zu verkaufen oder eigene bilder durch andere verkaufen zu lassen.

die aktion untersteht den vorschriften der markt- und verkehrsordnung. um aber den teilnehmern alle buerokratischen formalitaeten zu ersparen, wurde der kunstverein wien vom kulturamt der stadt wien mit der durchfuehrung der aktion beauftragt.

um einen ueberblick ueber das interesse fuer diese aktion zu gewinnen, ersucht das kulturamt der stadt wien um meldungen, die bis ende maerz 1980 an das kulturamt der stadt wien

referat fuer bildende kunst

friedrich schmidt-platz 5

1082 wien

zu richten sind. die interessenten werden dann zeitgerecht von der ersten ausstellungsmoeglichkeit verstaendigt und ueber die vom marktamt gestellten bedingungen informiert werden. (red)

k o m m u n a l :

=====

verabschiedung von Lehrern

5 wien, 17.3. (rk) 57 wiener Lehrer, die im laufe des vergange-
nen schuljahres in pension gingen, wurden am montag von vizebuer-
germeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r im
rathaus verabschiedet. anwesend bei der feier waren zweiter land-
tagspraesident fritz h a h n und stadtschulratspraesident, nabg.
dr. hermann s c h n e l l .

die vizebuergermeisterin dankte allen Lehrern, die ihr lebens-
werk in den dienst der bildung gestellt haben und den bublen und
maedchen das noetige ruestzeug auf den lebensweg mitgaben. ''sie
gehoeeren einer generation an, die alle hoehen und tiefen der ver-
gangenen stuermischen jahrzehnte miterlebt hat. angefangen vom
schuttwegraeumen in den schulen nach dem krieg bis zur schulreform
und einem gewaltigen aufschwung im schulneubau'', sagte froehlich-
sandner. die tatsache, dass mehr lebensqualitaet nur durch mehr
bildung erzielt werden kann, sei dank der unermuedlichen taetigkeit
der lehrer zum allgemeingut geworden.

praesident schnell wies darauf hin, dass die zahl der in ruhe-
stand tretenden lehrer sinke und auch die schuelerzahl ruecklaeufig
sei, so dass es schwierigkeiten bereite, alle jungen lehrer unter-
zubringen. gleichzeitig dankte der stadtschulratspraesident allen
jenen, die den jungen kollegen zu beginn ihres berufslebens zur
seite stehen und mit praktischen hinweisen helfen, damit die gute
tradition der wiener schulen fortgesetzt wird. (ba)

k o m m u n a l :

=====

mayr zu zeitungsbereichten ueber das akh

10 wien, 17.3. (rk) finanzstadtrat hans mayr erklarte montag der 'rathaus-korrespondenz' zu den in den zeitungen 'kurier' und 'profil' veroeffentlichten feststellungen des kontrollamtes ueber den neubau des allgemeinen krankenhauses:

das kontrollamt der stadt wien wurde 1979 beauftragt, die gebarung der allgemeinen krankenhauses planungs- und errichtungsgesellschaft (akpe) zu ueberpruefen. dieser auftrag konnte aufgrund der rechtslage nur mit zustimmung des finanzministers erteilt werden. diese zustimmung erfolgte sofort, der auftrag zur ueberpruefung war also eine gemeinsame aktion des finanzministers und des buergermeisters.

das kontrollamt hat unverzueglich mit der aufgetragenen pruefung begonnen. nunmehr liegt eine zusammenfassung der feststellungen und auffassungen des kontrollamtes, der sogenannte rohentwurf des berichtes, vor. sie wurde den organen der akpe zur stellungnahme uebermittelt. aus rohentwurf und stellungnahme wird der bericht des kontrollamtes formuliert, der dem gemeinderat vorzuliegen ist. der vom 'kurier' immer wieder verwendete begriff 'geheimer kontrollamtsbericht' ist also eindeutig falsch, da es diesen bericht nach der gesetzeslage erst nach einholung der stellungnahme der akpe geben kann.

die pruefer des kontrollamtes haben sich vorerst eine meinung gebildet, ohne mit den verantwortlichen organen der akpe gesprochen zu haben. erst jetzt werden die organe der akpe ihre unternehmerischen entscheidungen begruenden.

die akpe wurde 1975 vom bund und der stadt wien gemeinsam begruendet, um rasche unternehmerische entscheidungen zu ermoeeglichen. dabei haben die beteiligten, also bund und stadt wien, nur die in einer aktiengesellschaft uebliche rolle des eigentuemers und sonst keine funktion. die geschaeftsfuehrung der akpe handelt eigenverantwortlich. das kontrollamt hat nun ihre massnahmen geprueft.

die problematik solcher nachtraeglicher kontrollen, bei denen jahre spaeter und in aller gruendlichkeit entscheidungen ueberprueft werden, die in der taeglichen arbeit oft sehr schnell und noch nicht in kenntnis spaeterer entwicklungen getroffen werden muessen, hat sich auch bei rechnungshofpruefungen, zum beispiel im bereich der verstaatlichten industrie, wiederholt erwiesen.

abzulehnen ist jedenfalls, dass in den genannten zeitungsen urteile ausgesprochen werden, ohne dass die kritisierten angehört werden. das widerspricht den grundsuetzen des rechtsstaates und der demokratie. gerade die medien haben immer wieder bewiesen, dass sie zwischen kritik und verteidigung unterscheiden koennen und dass sie als objektive berichterstatter nicht nur den kritiker, sondern auch den kritisierten zu wort kommen lassen. die erwaehten berichte widersprechen diesem prinzip groeblich, es sind einseitige und verzerrende darstellungen. (sti)

L o k a l :

=====

'wohnwelt' zeigt: alles ueber wohnen

12 wien, 17.3. (rk) 'wohnen in oesterreich' ist das motto einer ausstellung, die montag in der 'wohnwelt' in simmering eroeffnet wurde. sie informiert die besucher, welche wohnformen es gibt und wie das vorhandene wohnungsangebot optimal genuetzt werden kann. ausserdem wird ein ueberblick ueber jene arbeiten geboten, die aus mitteln der wohnbauforschung gefoerdert wurden. die frei zugaengliche ausstellung bleibt bis 12. april geoeffnet.

in seiner begruessungsansprache erinnerte wohnen-stadtrat johann h a t z l an die heute kaum vorstellbaren wohnverhaeltnisse vor 80 jahren: damals gab es in fast einem drittel aller wiener wohnungen untermieter oder bettgeher. vor 70 jahren hausten in 36 prozent der einraeumigen wohnungen mehr als drei personen, in 29 prozent der zweiraeumigen wohnungen lebten mehr als fuenf personen. es gereicht der wiener stadtverwaltung zur ehre, dass sie erstmals die soziale funktion der wohnung erkannte. sie hat von 1923 bis 1934 an die 63.000 gemeindewohnungen errichtet und hunderttausenden in zinskasernen zusammengepferchten menschen von licht, luft und sonne erfuelle wohnraeume zur verfuegung gestellt.

den zerstoerungen durch den zweiten weltkrieg begegnete die wiener stadtverwaltung durch raschen wiederaufbau. von 1946 bis 1950 wurden 50.000 kommunale wohnungen gebaut, von kriegsende bis heute sind im wiener stadtgebiet rund 140.000 neue wohnungen entstanden.

die loesung der wohnprobleme duerfe heute nicht allein den politisch verantwortlichen, den architekten oder der baustoffindustrie ueberlassen werden, sagte hatzl. wohnpolitik muesse vielmehr eine symphonie aller engagierten - planer, mediziner, techniker, politiker, bewohner - sein. wenn es dieser ausstellung gelingt, diese symphonie noch staerker erklingen zu lassen, habe sie ihre aufgabe erfuehlt, schloss stadtrat johann hatzl. (we)

k o m m u n a l :

=====

oevp ueber fragen der wiener wohnbaupolitik

13 wien, 17.3. (rk) fragen der wiener wohnbaupolitik, wie stadterneuerung, wohn-starthilfe und denkmalschutz, standen am montag beim pressegespraech von vizebuergemeister dr. erhard b u s e k zur diskussion. landtagspraesident fritz h a h n kritisierte, dass antraege der oevp, wie die errichtung eines stadterneuerungsfonds oder die volle verwendung des kulturschillings fuer altstadterhaltung, von der spoe abgelehnt wurden. weitere oevp-antraege beinhalten die foerderung energieeinsparender massnahmen aus den mitteln der mineraloelsteuer und eine staerkere foerderung der oeffentlichen hand beim wohnungsneubau in stadterneuerungsgebieten. die wohn-starthilfe in wien sollte nach dem vorbild tirols, wo die landesregierung aus mitteln des landeswohnbaufonds eine zinsenstuetzung fuer darlehen bis zu 100.000 schilling gewaehrt, erfolgen.

gemeinderat dr. peter m a y r wies darauf hin, dass das beispiel des judenplatzes anlass zum ueberdenken der denkmalschutzbestimmungen sei. wichtig waere es beispielsweise, dass aenderungen eines denkmals auch dann moeglich sind, wenn auf diese weise das denkmalgeschuetzte haus erhalten bleibt. das denkmalschutzgesetz soll in der gesetzgebung weiterhin bundessache, in der vollziehung jedoch laendersache werden. der verpflichtung auf erhaltung eines denkmalgeschuetzten hauses sollte ein rechtsanspruch auf ersatz oder finanziellen beitrug gegenueberstehen. (ba)